



Glienicker Straße 36, D-14109 Berlin, Tel.: +49 (0) 30 / 805 54 63, Fax: +49 (0) 30 / 80 60 21 74, foerderverein-bauakademie@itskom.net

Seite 6

DER TAGESSPIEGEL 27. Juni 2012, Ralf Schönball



Denkmalrat lehnt Glas-Kubus am Staatsratsgebäude ab



Der Kubus von Thyssen-Krupp vor dem Staatsratsgebäude in einer Simulation. Ob die Fassade, die aus einem Vorhang aus gewelltem Glas bestehen wird, tatsächlich so hell leuchtet, bleibt ungewiss....

Der geplante **Neubau für die Hauptstadt-Repräsentanz von Thyssen-Krupp am Schlossplatz** gerät immer stärker ins Wanken. Nun äußert auch der Landesdenkmalrat massive Bedenken und „appelliert an die Bauherrschaft und an die verantwortlichen Stellen in Berlin (...) auf den Bau zu verzichten.“ Mit der wachsenden Zahl prominenter Gegner könnte der vom Architekturbüro Schweger & Partner entworfene Glaswürfel endgültig scheitern – denn Thyssen-Krupp hatte erklärt, das Vorhaben nicht gegen den Willen der Berliner durchsetzen zu wollen.

Der Denkmalrat ist mit Wächtern des Weltkulturerbes (Icomos) besetzt und muss laut Denkmalschutzgesetz „in allen Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung“ angehört werden. Das Votum gegen den gläsernen Thyssen-Krupp Kubus, der so vor das Staatsratsgebäude abgeworfen werden soll, dass die Hälfte der Fassade zugestellt wäre, begründet das Gremium mit der „massiven Schädigung der Umgebung des Baudenkmals“. Das Staatsratsgebäude sei das „bedeutendste bauliche Zeugnis aus der Zeit der DDR im Zentrum Berlins“. Thyssen-Krupp wollte sich zu der Stellungnahme des Denkmalrats nicht äußern.

In Wirtschaftskreisen heißt es aber, der umstrittene Bau einer millionenteuren Repräsentanz im fernen Berlin komme zurzeit ungelegen. Der Konzern schrieb zuletzt Verluste, trennte sich von einer Sparte und wird umgebaut. Auch bestehe kein dringender Bedarf nach neuen Flächen: Eine Repräsentanz gibt es bereits in der Charlottenstraße und den Neubau wollte Thyssen-Krupp ohnehin nur zu geringen Teilen selbst nutzen. Auch beim Senat gibt es keinen bedingungslosen Rückhalt für das Projekt, viel lieber würde man den prominenten Bauherren für die Rekonstruktion der Bauakademie gewinnen.

Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit soll Thyssen-Krupp ein Spitzengespräch angeboten haben zu dem Thema.

Dem Vernehmen nach könnte dem Konzern dabei ein Austauschgrundstück angeboten werden, damit dieser auf das umstrittene Projekt verzichtet. Eine Stellungnahme des Senats war bis Redaktionsschluss nicht zu bekommen. Der Chef der Stiftung Berliner Schloss Humboldtforum, Manfred Rettig, der für den Bund den Schlüter-Bau rekonstruiert, unterstützt die Kritik der Denkmalpfleger: „Wenn man den Staatsrat mit dem Kubus verstellt, dann wird die Geschichte verdrängt“. Im Staatsratsgebäude sei das Portal IV des Schlosses integriert. Auch stehe der DDR-Bau in Beziehung zu dem Freiheits- und Einheitsdenkmal, das vor dem Schloss geplant ist. Diese „Symbolik der Geschichte“ im Städtebau von Mitte dürfe nicht durch den Kubus verstellt werden.

Abenteuerliche Straßeführung

Auch Stefan Evers, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, sagt: „Der Landesdenkmalrat hat recht, es ist absurd am Schlossplatz mit so einer Architektur hineinzubrechen“. Die Zeit dränge, über den Bau oder den Verzicht des Kubus' zu entscheiden, denn diese Frage sei für die Gestaltung des Schlossumfeldes entscheidend. Wie berichtet sollen Ideen für die Gestaltung des Schlossumfeldes durch einen Wettbewerb gesammelt werden, den der Senat auf den Weg gebracht hat. Dass der südliche Platz vor dem Schloss wieder nach historischem Vorbild gestaltet wird, hatte Senatsbaudirektorin Regula Lüscher im Abgeordnetenhaus bereits ausgeschlossen. Nun wird aber ausgerechnet der Neubau von Thyssen-Krupp am Schloss als Schritt für die „Reparatur“ des Stadtgrundrisses legitimiert.

Historiker wie Benedikt Goebel schütteln da nur mit dem Kopf: „Die Häuser standen 60 Meter weiter östlich als der Kubus und waren verbunden mit den Häuserzeilen der Brüderstraße, die bis zum Schlossplatz führte.“ Diese Straßenverbindung ist seit dem Bau des Staatsratsgebäudes unterbrochen. Ähnlich argumentiert der Landesdenkmalrat: Das „historische Stadtgefüge“ lasse sich durch den Kubus aufgrund der bestehenden Gebäude „nicht annähernd“ rekonstruieren. Hinzu kommt die vom Senat neu angelegte, abenteuerlich mäandernden Straßeführung, die dem historischen Stadtgrundriss Hohn spricht

Übertragen aus der Onlineausgabe des Tagesspiegel vom 27. Juni 2012 von Wolfgang Schoele



Der Konzern baut den Glas-Kubus am Schlossplatz 2 nicht. Das Grundstück wird Teil des Freiraum-Wettbewerbs.



Der Kubus galt seit seiner Vorstellung als höchst umstritten. - FOTO: DPA

Das Staatsratsgebäude am Schlossplatz wird nicht zugestellt, Thyssen-Krupp verzichtet **auf den Neubau des Glaskubus**. Damit zieht der Konzern die Konsequenz aus der scharfen Kritik an dem Projekt. Wie der Tagesspiegel in der vergangenen Woche berichtete, hatte auch der Denkmalrat der Stadt an Bauherren und politisch Verantwortliche appelliert, auf das Projekt zu verzichten.

Die Entscheidung fiel laut Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bei einem „Spitzengespräch“ beim Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit. Stadtentwicklungssenator Michael Müller, Senatsbaudirektorin Regula Lüscher und Vertreter von Thyssen-Krupp hätten sich darauf „gemeinsam nach sorgfältiger Abwägung der städtebaulichen Anforderungen des Ortes“ geeinigt. Nach Angaben des Senats „verzichtet“ Thyssen-Krupp auf das Grundstück am Schlossplatz und gibt dieses an die Stadt zurück. Ein Kompensationsgrundstück gebe es nicht, die Erwerbskosten würden erstattet. Nun soll das Grundstück in den Freiraumwettbewerb zur Gestaltung des unmittelbaren Umfeldes rund um den Schlossneubau einbezogen werden. Das Gebiet reicht von Staatsratsgebäude und Marstall im Süden bis zum Lustgarten im Norden und wird durch die Spree und den Spreekanal begrenzt. Stadtentwicklungssenator Müller lobte die „kooperative Haltung“ von Thyssen-Krupp.

Die stellvertretende Fraktionschefin der Grünen Antje Kapek „gratulierte Herrn Müller zur Rückabwicklung des Kaufvertrags mit Thyssen-Krupp“ – und forderte den Stadtentwicklungssenator auf, „Kassensturz“ zu machen: Auch der Neubau der Zentral- und Landesbibliothek auf dem Tempelhofer Feld, die Verlängerung der A 100 gehörten auf den Prüfstand.

Der Senat hatte das 737 Quadratmeter große Grundstück an der Postadresse Schlossplatz 2 für weniger als 4000 Euro an den Konzern verkauft. Der geringe Kaufpreis kam dadurch zustande, dass Thyssen-Krupp auf eigene Kosten das Grundstück baureif machen sollte und die dafür notwendigen Investitionen sich auf rund 1,7 Millionen Euro belaufen hätten. Dass vor dem Staatsratsgebäude überhaupt neu gebaut werden sollte, ging auf Vorgaben des „Planwerks Innenstadt“ zurück, das eine „kritische Rekonstruktion“ des Schlossplatzes vorsah und der Neubau sollte dabei als Platzkante dienen. Der Denkmalrat hatte diese Begründung aber infrage gestellt.

Übertragen aus der Onlineausgabe des Tagesspiegel vom 5. Juli 2012 von Wolfgang Schoele